



**1806/16/DE
WP 239**

**Stellungnahme 02/2016 zur Veröffentlichung personenbezogener Daten für Zwecke der
Transparenz im öffentlichen Sektor**

Angenommen am 8. Juni 2016

Diese Arbeitsgruppe wurde nach Artikel 29 der Richtlinie 95/46/EG eingesetzt. Sie ist ein unabhängiges europäisches Beratungsgremium in Datenschutzfragen. Ihre Aufgaben sind in Artikel 30 der Richtlinie 95/46/EG sowie in Artikel 15 der Richtlinie 2002/58/EG festgelegt.

Die Sekretariatsgeschäfte werden wahrgenommen durch die Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Direktion C (Grundrechte und Unionsbürgerschaft), 1049 Brüssel, Belgien, Büro MO-59 02/013.

Website: http://ec.europa.eu/justice/data-protection/index_en.htm

1. EINLEITUNG

1.1 ZWECK DER STELLUNGNAHME

Diese Stellungnahme erläutert die Anwendung der Datenschutzprinzipien bei der Verarbeitung und Veröffentlichung personenbezogener Daten zum Zwecke von mehr Transparenz im öffentlichen Sektor, insbesondere bei Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und beim Umgang mit und bei der Verhinderung von Interessenkonflikten¹. Diese Stellungnahme befasst sich nicht mit der Frage, welche Informationen durch Zugang zu öffentlichen Dokumenten/die Gesetzgebung der EU-Mitgliedstaaten zur Informationsfreiheit² verfügbar sein sollten, sie schränkt weder die Verfügbarkeit derartiger öffentlicher Informationen nach Maßgabe nationaler Gesetzgebung ein noch behandelt sie die Umsetzung der für die Organe und Einrichtungen der EU geltenden Verordnungen 45/2001 und 1049/2001³.

Ganz allgemein können Einrichtungen des öffentlichen Sektors dazu verpflichtet sein, Daten über ihre Aktivitäten und ihr Personal zu sammeln, zu registrieren und zu speichern und diese Informationen öffentlich zugänglich zu machen, in der Regel über ihre offizielle Webseite. Diese Art der Datenverarbeitung schließt mit großer Wahrscheinlichkeit die Verarbeitung personenbezogener Daten einschließlich ihrer Verbreitung in der Öffentlichkeit mit ein.

Die vorliegende Stellungnahme richtet sich an Datenschutzbehörden sowie an nationale gesetzgebende Instanzen, nationale Regierungen, Dienststellen und Ämter sowie andere zuständige Einrichtungen („zuständige Einrichtungen“) des öffentlichen Sektors, die sich mit Korruptionsbekämpfung, dem Umgang mit und der Verhinderung von Interessenkonflikten und mit anderen Transparenzvorschriften befassen. Sie spricht Empfehlungen aus, welche auf einem gemeinsamen Verständnis des Datenschutzrahmens basieren, in dem derartige Datenverarbeitungen durchgeführt werden. Insbesondere behandelt die Stellungnahme die allgemeine Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG⁴ und der Prinzipien und Werte der Datenschutz-Grundverordnung.

¹ Öffentlicher Sektor: In dieser Studie umfasst der Begriff „öffentlicher Sektor“ den Staat, regionale und lokale Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Verbände, die von einer oder mehreren Behörden oder Körperschaften öffentlichen Rechts gegründet wurden, unbeschadet der Definitionen im Recht der Mitgliedstaaten.

² Für weitere Informationen siehe die veröffentlichte Stellungnahme 06/2013 der Artikel-29-Datenschutzgruppe zu den Offenen Daten und der Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors („PSI“).

³ Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr sowie Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission.

⁴ Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

Die Artikel 1 und 4 der Richtlinie 95/46/EG fordern, dass Mitgliedstaaten die Grundrechte und Freiheiten natürlicher Personen schützen sollen, insbesondere deren Recht auf Privatsphäre bei der Verarbeitung personenbezogener Daten. Ferner sollen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung, die auf die Bewältigung von möglichen Interessenkonflikten abzielen, sowie jegliche damit im Zusammenhang stehenden Transparenzvorschriften durch die nationalen Vorschriften geregelt sind, welche die Mitgliedstaaten entsprechend der Richtlinie und unter Berücksichtigung der Datenschutz-Grundverordnung erlassen.

1.2 ZWECK DER STELLUNGNAHME

Ziel dieser Stellungnahme ist es, den gesetzgebenden und zuständigen Einrichtungen der Mitgliedstaaten praktische Anleitungen, Empfehlungen und bewährte Verfahrensweisen bereitzustellen, wenn gesetzgebende und politische Vorhaben die Weitergabe personenbezogener Daten erfordern, damit sie das Recht auf Schutz persönlicher Daten wahren können, während sie gleichzeitig das legitime öffentliche Interesse an Transparenz abwägen und befriedigen. Das Konzept der „Transparenz“⁵ ist mit den Prinzipien der Offenheit, der ordnungsgemäßen Verwaltung und der verantwortungsvollen Staatsführung verbunden, wie es in den Verträgen⁶ und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union („EU-Grundrechtecharta“)⁷ verankert ist.

Unparteilichkeit, Transparenz und professionelles Verhalten zwischen Akteuren im öffentlichen Sektor spielen eine Schlüsselrolle, um herausragende Leistungen und hohe Qualität in der Arbeit der zuständigen Ämter zu gewährleisten. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen dem Recht der Akteure des öffentlichen Sektors auf Datenschutz⁸ einerseits und dem öffentlichen Interesse an der transparenten Erfüllung der Pflichten und Aufgaben durch diese Personen andererseits. Die Veröffentlichung von Informationen über die privaten Interessen von Akteuren des öffentlichen Sektors ist Teil einer Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, mögliche Interessenkonflikte zu handhaben und Verantwortlichkeit sowie das öffentliche Vertrauen zu stärken. Während die gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen in Bezug auf die Behandlung von Interessenkonflikten unterschiedlich ausfallen, berät diese Stellungnahme darüber, wie über alle Mitgliedstaaten hinweg ein einheitliches Maß an Datenschutz für Angehörige des öffentlichen Sektors sichergestellt werden kann.

⁵ Dieser Bezug berührt nicht die spezifischen Definitionen in nationalen gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen, sondern dient ausschließlich dem besseren Verständnis dieser Stellungnahme.

⁶ Siehe die Artikel 10 und 11 des Vertrages über die Europäische Union sowie die Artikel 15 und 298 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

⁷ Siehe Artikel 41 der EU-Grundrechtecharta.

⁸ Das Datenschutzrecht ist als eines der Schutzrechte auf der Grundlage der Datenschutzrichtlinie und der Datenschutz-Grundverordnung zu verstehen.

2. RECHTLICHER RAHMEN

Nach Artikel 7 der EU-Grundrechtecharta hat jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation. Zusätzlich hat jede Person nach Artikel 8 der Charta, unter anderem, das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten. Personenbezogene Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich geregelten legitimen Grundlage verarbeitet werden. Auch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden „EMRK“) besagt, dass jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz hat und dass eine Behörde in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen darf, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Artikel 7 der Richtlinie 95/46/EG enthält die Kriterien für die Gestaltung einer gesetzeskonformen Datenverarbeitung und legt die grundlegenden Prinzipien für die Verarbeitung personenbezogener Daten dar (Artikel 6 der Richtlinie 95/46/EG). In den Erwägungsgründen der Datenschutz-Grundverordnung heißt es, dass die Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors das Schutzniveau für natürliche Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß den Bestimmungen des Unionsrechts und des Rechts der Mitgliedstaaten unberührt lässt und in keiner Weise beeinträchtigt.

Nach Artikel 10 EMRK hat jede Person das Recht auf freie Meinungsäußerung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt anerkannt, dass dieses Recht „das Recht der Öffentlichkeit, angemessen informiert zu werden“, und „das Recht, Informationen zu empfangen“, einschließt, auch in Fällen, welche nicht ausschließlich die Medien oder Berufsjournalisten betreffen⁹.

Angesichts der genannten Bestimmungen wird empfohlen, die folgenden Grundsätze bei der Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Maßnahmen zu Interessenkonflikten und Transparenz zu beachten.

⁹ Bis vor Kurzem hat jedoch der Gerichtshof festgelegt, dass die Freiheit, Informationen zu empfangen, so wie sie Artikel 10 garantiert, nicht dahin gehend ausgelegt werden kann, dass ein Staat dazu verpflichtet ist, Informationen zu veröffentlichen oder der Gesellschaft offenzulegen (siehe die Fälle *Leander gegen Schweden* (1987), *Gaskin gegen Vereinigtes Königreich* (1989), *Guerra gegen Italien* (1998) und *Sîrbu gegen Republik Moldawien* (2004)). Lediglich in zwei neueren Fällen scheint sich der Gerichtshof einer weiteren Auslegung des Begriffs der Informationsfreiheit anzunähern (siehe die Entscheidung aus dem Jahr 2006 über die Zulässigkeit des Antrages im Fall *Sdruženi Jihočeské Matky gegen Tschechische Republik* sowie die Entscheidung aus dem Jahr 2009 im Fall *Társaság a Szabadságjogokért gegen Ungarn*).

3. GRUNDSÄTZE FÜR DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Artikel 6 der Richtlinie 95/46/EG fordert für personenbezogene Daten, dass sie

- nach Treu und Glauben und auf rechtmäßige Weise verarbeitet werden;
- für festgelegte eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben und nicht in einer mit diesen Zweckbestimmungen nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden;
- den Zwecken entsprechen, für die sie erhoben und/oder weiterverarbeitet werden, dafür erheblich sind und nicht darüber hinausgehen;
- sachlich richtig und, wenn nötig, auf den neuesten Stand gebracht sind;
- nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke, für die sie erhoben oder weiterverarbeitet werden, erforderlich ist, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die oben genannten Forderungen decken sich mit den entsprechenden Bestimmungen in der Datenschutz-Grundverordnung.

3.1 RECHTMÄSSIGE VERARBEITUNG NACH TREU UND GLAUBEN

Die rechtliche Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Maßnahmen zu Interessenkonflikten findet sich in Artikel 7 Buchstabe c der Richtlinie 95/46/EG¹⁰. Der Artikel erlaubt die Datenverarbeitung, wenn diese für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt. In einem solchen Fall muss die Datenverarbeitung per Gesetz vorgeschrieben sein¹¹. Die Einführung von allgemeinen Bestimmungen oder Generalklauseln sollte vermieden werden, damit der für die Verarbeitung Verantwortliche keinen unzulässigen Ermessensspielraum hat, wie die rechtliche Verpflichtung zu erfüllen ist¹².

Unter diesen Umständen müssen die Gesetzgeber sicherstellen, dass die rechtlichen Verpflichtungen ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen beteiligten Interessen herstellen. Tatsächlich sollte die Gesetzgebung in Übereinstimmung mit Artikel 8 EMRK sowie den Artikeln 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta¹³ mit dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens und dem Schutz personenbezogener Daten vereinbar sein. Dies bedeutet, dass die rechtliche Verpflichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich sein, in einem angemessenem Verhältnis zu den verfolgten legitimen Zwecken stehen und mit dem Grundsatz der Zweckbindung vereinbar sein sollte.

Die Einrichtungen können in diesem Zusammenhang als Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten auch Artikel 7 Buchstabe e der Richtlinie 95/46/EG heranziehen. Bei der Beantwortung der Frage, ob die Datenverarbeitung mit Artikel 7 Buchstabe e vereinbar ist, müssen sich die Einrichtungen unter Berücksichtigung der verschiedenen betroffenen Interessen davon überzeugen, dass

¹⁰ Für eine detailliertere Analyse, siehe Stellungnahme 06/2014 über das Konzept des rechtmäßigen Interesses des Verantwortlichen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 95/46/EG, WP127. In manchen Ländern besteht die Möglichkeit, sich auf Artikel 7 Buchstabe f als Grundlage für die Verarbeitung dieser Art personenbezogener Daten zu stützen.

¹¹ In der Stellungnahme 06/2014 hat die Artikel-29-Datenschutzgruppe bestätigt, dass für eine Anwendung von Artikel 7 Buchstabe c die Verpflichtung durch ein Gesetz auferlegt werden muss, welches alle einschlägigen Bedingungen erfüllen muss, damit die Verpflichtung gültig und rechtsverbindlich ist. In diesem Zusammenhang wies die Artikel-29-Datenschutzgruppe darauf hin, dass die Gesetzgebung in manchen Fällen nur eine allgemeine Zielstellung vorgibt, während spezifische Vorgaben auf einer anderen Rechtsebene erfolgen, zum Beispiel entweder im Sekundärrecht oder durch eine rechtsverbindliche Entscheidung einer öffentlichen Behörde in einem konkreten Fall. Erwägungsgrund 41 der Datenschutz-Grundverordnung präzisiert diesbezüglich: „Wenn in dieser Verordnung auf eine Rechtsgrundlage oder eine Gesetzgebungsmaßnahme Bezug genommen wird, erfordert dies nicht notwendigerweise einen von einem Parlament angenommenen Gesetzgebungsakt; davon unberührt bleiben Anforderungen gemäß der Verfassungsordnung des betreffenden Mitgliedstaats.“ Siehe auch Artikel 6 Absatz 3 der Datenschutz-Grundverordnung.

¹² Ebenda.

¹³ Siehe die Urteile des Gerichtshofs vom 20. Mai 2003, Rundfunk, C-465/00, C-138/01 und C-139/01, und vom 9. November 2010, Volker und Markus Schecke, C-92/09 und C-93/09.

- die Verarbeitung als eine Aufgabe im öffentlichen Interesse durchgeführt wird oder in der Ausübung hoheitlicher Befugnisse geschieht¹⁴;
- die Verarbeitung für die Wahrnehmung dieser Aufgabe oder für die Ausübung dieser Befugnisse erforderlich ist (d. h. die Vorgänge müssen für die Erreichung des verfolgten Zwecks geeignet sein, und dürfen nicht über das hinausgehen, was notwendig ist, um den Zweck zu erfüllen).

BEISPIEL: Die Indexierung¹⁵ personenbezogener Daten auf einer Transparenz-Plattform, um Bürgern und Bürgerinnen die Suche zu erlauben, wäre als erforderliche Maßnahme anzusehen. Die Indexierung von Identitätsdaten für eine externe Suchmaschine wäre grundsätzlich nicht als für das Erreichen von Transparenz erforderlich anzusehen.

3.2 DIE GRUNDSÄTZE DER VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT, DER DATENMINIMIERUNG UND DER DATENQUALITÄT

Für die Umsetzung dieser Grundsätze ist es zuallererst notwendig, die Hauptziele der Datenverarbeitung zu bestimmen. Transparenz-Initiativen können zum Beispiel ein breites Verständnis der Entscheidungen und Handlungen der Regierung und ihrer Verwaltungsorgane fördern, indem sie grundlegende Einsichten in die Prozesse, Abläufe und den Mitarbeiterstab bereitstellen. Im Gegenzug erlaubt dies der Öffentlichkeit, Regierungen dazu anzuhalten, über die Art der Aufgabenerfüllung und die Verwendung öffentlicher Mittel Rechenschaft abzulegen, wodurch Wirkungsgrad und Effektivität gefördert werden. Die in dieser Stellungnahme angesprochenen Maßnahmen zielen darauf ab, Interessenkonflikte zu vermeiden, aufzudecken und zu beheben in der Absicht, die Einflussnahme privater Interessen auf die Ausübung öffentlicher Pflichten zu vermeiden und die Integrität, Objektivität und Unparteilichkeit von Akteuren im öffentlichen Sektor und das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Regierung zu stärken.

BEISPIEL: Es ist Aufgabe der zuständigen Einrichtungen, die Vermögenswerte von Akteuren des öffentlichen Sektors zu Beginn und am Ende ihrer Amtszeit zu bestimmen und zu klären, wie diese Werte finanziert wurden. Um dies zu erreichen, kann es notwendig sein, Informationen über Ehepartner, Verwandte und deren Vermögenswerte zu erfassen. Hieraus folgt jedoch nicht notwendigerweise, dass es eine geeignete oder angemessene Maßnahme wäre, diese Informationen online öffentlich zugänglich zu machen. Jeglicher Eingriff in die Privatsphäre einer Person sollte für den rechtmäßigen Zweck der Datenverarbeitung erforderlich und verhältnismäßig sein.

¹⁴ Wie die Datenschutzgruppe in der Stellungnahme 06/2014 betonte, sollte die öffentliche Aufgabe oder die hoheitliche Befugnis auf einer rechtlichen Grundlage beruhen oder sich daraus ableiten. Siehe Abschnitt III, Rn. 2.5, sowie Erwägungsgrund 41 und Artikel 6 Absatz 3 der Datenschutz-Grundverordnung.

¹⁵ Definition von Indexierung:

3.2.1 VERHÄLTNISMÄSSIGKEIT

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sollte bei jedem Arbeitsschritt in der Datenverarbeitung berücksichtigt werden, insbesondere im Stadium der Datenerfassung sowie bei einer nachfolgenden Veröffentlichung.

Der Europäische Gerichtshof (im Folgenden „EuGH“) hat die Wichtigkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in der Datenverarbeitung in mehreren Fällen betont. In den oben erwähnten verbundenen Rechtssachen C-465/00, C-138/01 und C-139/01 näherte sich der EuGH diesem Sachverhalt mit der Frage, *„ob die Angabe der Namen der Betroffenen in Verbindung mit deren Einkünften in einem angemessenen Verhältnis zu dem mit der Maßnahme verfolgten berechtigten Zweck steht und ob die im Verfahren vor dem Gerichtshof zur Rechtfertigung einer solchen Veröffentlichung angeführten Gründe stichhaltig und ausreichend sind“* (Randnummer 86), und betonte, dass die zuständigen nationalen Gerichte zu prüfen haben *„ob eine solche Veröffentlichung notwendig ist und in einem angemessenen Verhältnis zu dem Ziel steht, ...; sie haben insbesondere zu untersuchen, ob dieser Zweck nicht ebenso wirksam erreicht werden könnte, wenn die personenbezogenen Daten nur den Kontrollorganen zugänglich gemacht würden“* (Randnummer 88). Ferner stellte der EuGH die Frage, ob für das Erreichen des rechtmäßigen Ziels alternative Verfahrensweisen mit geringeren Auswirkungen auf die Privatsphäre der betroffenen Personen möglich gewesen wären¹⁶.

Unter Randnummer 74 des Urteils in den oben genannten verbundenen Rechtssachen C-92/09 und C-93/09 macht der EuGH darüber hinaus deutlich: *„Nach ständiger Rechtsprechung verlangt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der zu den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts gehört, dass die von einem Unionsrechtsakt eingesetzten Mittel zur Erreichung des verfolgten Ziels geeignet sind und nicht über das dazu Erforderliche hinausgehen (Urteil vom 8. Juni 2010, Vodafone u. a., C-58/08, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Randnr. 51 und die dort angeführte Rechtsprechung).“*

Die Mitgliedstaaten sollten sorgfältig überprüfen, welche Privatpersonen durch Maßnahmen bei Interessenkonflikten und Transparenz betroffen sind. Für die Entscheidung, wessen Daten in die Verarbeitung einfließen werden, können Mitgliedstaaten relevante objektive Kriterien heranziehen wie z. B. die hoheitlichen Befugnisse der Person, die Befähigung, öffentliche Gelder auszugeben oder zuzuweisen, Vergütung, Amtszeit, erhaltene Vergünstigungen usw., mit Bedacht darauf, dass die Datenverarbeitung *„in Anbetracht insbesondere der durch eine solche Veröffentlichung ausgelösten Verletzung der durch die Art. 7 und 8 der Charta anerkannten Rechte nicht über das hinaus[geht], was zur Erreichung der verfolgten berechtigten Ziele erforderlich“* ist¹⁷.

¹⁶ Im untersuchten Kontext fragte der EuGH insbesondere, ob *„ob es nicht ausreichend wäre, die Öffentlichkeit nur über die Bezüge und anderen geldwerten Vorteile zu unterrichten“*. Siehe Randnummer 88 der Rundfunk-Entscheidung des Gerichtshofs, verbundene Rechtssachen C-465/00, C-138/01 und C-139/01.

¹⁷ Europäischer Gerichtshof, Urteil in den verbundenen Rechtssachen Volker und Markus Schecke GbR (C-92/09) und Hartmut Eifert (C-93/09) gegen Land Hessen, Randnummern 79 und 80.

Die Veröffentlichung von irrelevanten Aspekten aus dem Privatleben von Personen im Internet ist angesichts der Grundsätze von Treu und Glauben und der Verhältnismäßigkeit nicht gerechtfertigt.

❖ Die Umsetzung der Verhältnismäßigkeit:

➤ *Unterschiede zwischen der Erfassung und Online-Veröffentlichung von Daten*

Im Allgemeinen betreffen Maßnahmen zu Interessenkonflikten hauptsächlich zwei Bereiche der Datenverarbeitung: die ausschließlich nicht-öffentliche Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb der zuständigen Einrichtung und die Online-Veröffentlichung bestimmter Informationen. Die einschlägigen Rechtsvorschriften sollten ausdrücklich bestimmen, welche Personen verpflichtet sind, den zuständigen Einrichtungen Berichte zu übermitteln. Sie sollten auch festlegen, welche personenbezogenen Daten in den Berichten enthalten sein müssen und welche personenbezogenen Daten vorausschauend veröffentlicht werden sollten. Diese Stellungnahme versucht weder zu bestimmen, welche personenbezogenen Daten durch die zuständigen Einrichtungen, die Maßnahmen zu Interessenkonflikten durchführen, erfasst werden sollten, noch will sie definieren, welche Informationen online verbreitet werden sollten. Es ist jedoch angebracht zu betonen, dass die zuständigen Einrichtungen immer die Konsequenzen bedenken sollten, wenn sie darüber entscheiden, ob Informationen online öffentlich zugänglich gemacht werden. Einige der erfassten personenbezogenen Daten können intime Informationen in Bezug auf die Akteure des öffentlichen Sektors darstellen und ihre Veröffentlichung online kann daher ernste Folgen für das Privatleben und die Datenschutzrechte der Personen haben. Es ist ferner sachdienlich zu beachten, dass „interessant für die Öffentlichkeit“ nicht das gleiche ist wie „im öffentlichen Interesse“.

Im Allgemeinen dürfte die Menge personenbezogener Daten, die online veröffentlicht werden, geringer sein als die den zuständigen Einrichtungen übermittelte Datenmenge, da die proaktive Offenlegung einiger Informationen aller Voraussicht nach unangebracht wäre, gemessen an den wahrscheinlichen Folgen einer Veröffentlichung für die Betroffenen. Ferner können Informationen, die nicht der proaktiven Veröffentlichung unterliegen, offengelegt werden, wenn im Einklang mit dem Gesetz und/oder anderen einschlägigen Rechtsgrundlagen Rechtsvorschriften über den Zugang zu Informationen Anwendung finden oder eine Gerichtsentscheidung ihre Offenlegung verlangt. Bei der Entscheidung, ob die Erfassung und/oder Veröffentlichung personenbezogener Daten von Akteuren des öffentlichen Sektors erforderlich ist, sollte berücksichtigt werden, ob die (finanziellen, vertraglichen oder anderen) Geschäfte und/oder Transaktionen der Akteure im öffentlichen Sektor vor ihrem Amtsantritt stattfanden, als sie Privatpersonen ohne öffentliches Mandat waren. Zuständigen Einrichtungen ist es nicht verwehrt, derartige Daten auf dieser Grundlage zu erfassen, insbesondere nicht in Situationen, in denen verdächtige Vorgänge aufgetreten sind. Trotzdem geht die automatische Online-Veröffentlichung aller Geschäfte/Transaktionen von Akteuren im öffentlichen Sektor aus der Zeit ihres Amtsantritts oder davor, auffindbar unter dem Namen und einschließlich aller Einzelheiten ohne Unterscheidung nach Art, Type und Umfang derartiger Daten, möglicherweise über das Maß hinaus, welches für die Erfüllung der rechtmäßigen Zwecke erforderlich ist.

Es ist unerlässlich, die möglichen Risiken einer Offenlegung zu bedenken, wenn die Online-Veröffentlichung personenbezogener Daten in Betracht gezogen wird. Für routinemäßige oder umfassende Veröffentlichungen wird eine Folgeabschätzung in Bezug auf die Privatsphäre dringend empfohlen. Diese sollte auch alternative Arten der Bereitstellung personenbezogener Daten in Gestalt von Zusammenfassungen oder in allgemeiner Form einschließen, sodass Einzelpersonen nicht identifiziert werden können.

Es ist auch angebracht zu bedenken, ob die Art und das Ausmaß der Veröffentlichung von Personendaten andere Risiken hervorrufen, die nicht in Bezug zum Datenschutz stehen. So kann zum Beispiel die Veröffentlichung von Daten zu ihrer ökonomischen Situation eine Person verwundbar machen gegenüber Verbrechern. Dies schließt die Weitergabe derartiger Daten an zuständige Einrichtungen, die mit der Erfassung und Verarbeitung von Daten betraut sind, nicht aus.

Bei der Veröffentlichung von Informationen über vertragliche und/oder ähnliche Beziehungen sollten sich die zuständigen Einrichtungen bewusst sein, dass bestimmte Daten unter das Geschäfts-, Bank-, Berufs- oder ein sonstiges Geheimnis fallen können. In derartigen Fällen kann es notwendig sein, das Recht auf Datenschutz, den Schutz des Geheimnisses und das öffentliche Interesse am Zugang zu diesen Informationen gegeneinander abzuwägen.

BEISPIEL: Persönliche Informationen über Haushalt und Familienmitglieder von Akteuren des öffentlichen Sektors wie Namen, Kontaktdaten, Adressen usw. können durch die zuständigen Einrichtungen erfasst werden, um ihre Pflichten zu erfüllen; die Online-Veröffentlichung der gesamten Informationen ist jedoch nicht unbedingt verhältnismäßig, und jeder Fall sollte nach seinen besonderen Umständen geprüft werden.

➤ *Datenverarbeitung in Bezug auf unterschiedliche Personengruppen*

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sollte ein selektiver Ansatz gewählt werden, indem verschiedene Personengruppen, Fälle und Ziele voneinander abgegrenzt werden unter Berücksichtigung spezifischer Situationen in Bezug auf den Inhalt der veröffentlichten Daten. Es sollten gegebenenfalls unterschiedliche Verfahren für die Bereitstellung der Information verwendet werden.

Bei der Beurteilung, ob die Verarbeitung eine öffentliche Online-Verbreitung personenbezogener Daten umfassen sollte, ist je nach Situation unterschiedlich vorzugehen. Die zuständigen Einrichtungen können berücksichtigen, in welchem Maß die öffentlichen Einrichtungen oder die öffentlichen Akteure einem Korruptionsrisiko oder Interessenkonflikten ausgesetzt sind, welchen Wirkungsbereich ihre Handlungen oder zu erfüllenden Aufgaben im öffentlichen Interesse haben und in welchem Umfang sie öffentliche Mittel verwalten. Ganz allgemein kann es sinnvoll sein, je nach hierarchischer und Entscheidungsverantwortung zu unterscheiden zwischen 1) Politikern, Führungskräften im öffentlichen Sektor oder anderen öffentlichen Personen in Positionen mit politischer Verantwortung, 2) Einzelpersonen in einer „allgemeinen Leitungsfunktion im öffentlichen Sektor“ in rein geschäftsführender Stellung ohne gewähltes Amt und 3) „allgemeinen Akteuren im öffentlichen Sektor“ ohne eigene Entscheidungsverantwortung.

Während in diesem Kontext eine Online-Veröffentlichung personenbezogener Daten auf der Webseite der betroffenen zuständigen Einrichtung für die erste Gruppe als verhältnismäßig angesehen werden kann, könnte dies für die zweite oder dritte Gruppe nicht der Fall sein. Für die zweite Gruppe könnten der Name und die Position öffentlich zugänglich sein, während grundsätzlich keine personenbezogenen Daten der Akteure veröffentlicht würden (auch keine personenbezogenen Daten, die Tätigkeiten in ihrer Funktion als Akteure im öffentlichen Sektor oder ihre berufliche Tätigkeit betreffen¹⁸). Die Verfügbarkeit derartiger Daten nach den nationalen Vorschriften über den öffentlichen Zugang zu Dokumenten bleibt hiervon unberührt.

Es ist ratsam, im Kontext der einschlägigen Rechtsvorschriften verschiedene Gruppen von Akteuren des öffentlichen Sektors, Staatsbediensteten und sonstigen Einzelpersonen auf der Grundlage der erwähnten Kriterien zu unterscheiden und auf der Grundlage dieser Unterschiede verschiedene Stufen für die Berichtspflicht an die zuständigen Einrichtungen auszuweisen. Der Gesetzgeber sollte diese Unterscheidung insbesondere in Bezug auf Verpflichtungen zur Online-Veröffentlichung berücksichtigen.

Dieser Ansatz würde die Bereitstellung unterschiedlicher Mengen und Arten personenbezogener Daten je nach Personengruppe ermöglichen und dabei helfen, die Voraussetzungen der Verhältnismäßigkeit zu erfüllen, wonach die Verarbeitung auf das Minimum an Daten zu beschränken ist, das für das Erreichen des rechtmäßigen Zwecks (Interessenkonflikte aufdecken und sanktionieren) erforderlich ist.

BEISPIEL: Die Veröffentlichung personenbezogener Daten von Akteuren des öffentlichen Sektors, die lediglich Aufgaben mit Verantwortlichkeit erfüllen, wurde in einigen Fällen im Zusammenhang mit deren Aussagen zu Interessenkonflikten als unverhältnismäßig eingestuft, da diese Personen kein Abgeordnetenmandat oder Ministeramt bekleiden. Im Gegensatz hierzu wurde das Hinterlegen von Dokumenten bei den zuständigen Kontrollinstanzen als gerechtfertigt angesehen, um Integrität und Unparteilichkeit zu stärken und um Interessenkonflikte zu verhindern, aufzudecken oder zu sanktionieren¹⁹.

3.2.2 GRUNDSATZ DER DATENMINIMIERUNG

In Bezug auf den Grundsatz der Datenminimierung sollte eine strenge Prüfung der Erforderlichkeit und der Angemessenheit der verarbeiteten Daten vorgenommen werden (Artikel 6 der Richtlinie 95/46/EG und Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung). Der Umfang und die Art der verarbeiteten personenbezogenen Daten ist eindeutig zu

¹⁸ In diesem Zusammenhang verweist der EuGH in seinem Rundfunk-Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-465/00, C-138/01 und C-139/01 auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Bedeutung des Begriffs „Privatleben“, nach der dieser *„nicht eng ausgelegt werden darf“* und *„es grundsätzlich nicht in Betracht kommt, berufliche Tätigkeiten ... vom Begriff des ‚Privatlebens‘ auszunehmen“*. Siehe Randnummer 73 der Entscheidung.

¹⁹ Siehe Conseil constitutionnel de la République Française, Décision n° 2013-675 DC vom 10.9.2013 bezüglich der „Loi organique relative à la transparence de la vie publique“ (Projet de loi adopté le 17 septembre 2013 – TA No. 209).

bestimmen. Wenn personenbezogene Daten zu verarbeiten sind, müssen diese Daten nach den Rechtsvorschriften den angegebenen Zwecken entsprechen, dafür erheblich sein und dürfen nicht darüber hinausgehen; für die Erreichung dieser Zwecke nicht erforderliche Information sollte in keiner Form verarbeitet werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Umsetzung von Maßnahmen im Kontext von Interessenkonflikten und Transparenz sollte sich auf den berechtigten Zweck konzentrieren und für diesen relevant sein, um eine unnötige Datenverarbeitung zu vermeiden. Dies wiederum dürfte die Verarbeitung wirksamer und effizienter machen.

Die Online-Veröffentlichung ist vielleicht nicht immer erforderlich, um den Zweck der Verarbeitung zu erfüllen. In manchen Fällen kann es ausreichend sein, grundlegende allgemeine Informationen über einen bestimmten Bereich staatlichen Handelns bereitzustellen oder mithilfe von Leistungsindikatoren detailliert Bericht über Entscheidungen und Maßnahmen im öffentlichen Sektor zu erstatten. Eingehendere und umfassendere Daten können den zuständigen Aufsichtsbehörden übermittelt werden, sodass bei Bedarf eine Online-Veröffentlichung oder der öffentliche Zugang zu den Daten nach den nationalen Vorschriften über den Zugang zu öffentlichen Dokumenten möglich ist.

BEISPIEL: Wenn es notwendig ist, Informationen zum Vermögen von Personen, die mit Akteuren des öffentlichen Sektors in Verbindung stehen (wie Lebenspartner, Kinder und andere Mitglieder der Familie oder des Haushaltes) zu erfassen und online zu veröffentlichen, gilt es im Hinblick auf den Grundsatz der Datenminimierung zu prüfen, ob die Vermögenswerte der Familienmitglieder aufgeschlüsselt oder nur als Gesamtwert veröffentlicht werden sollten. Es sollte auch bedacht werden, inwieweit die Veröffentlichung der Identität aller Familien- und Haushaltsmitglieder für das Erreichen des angestrebten Ziels erforderlich ist.

BEISPIEL: Einige nationale Vorschriften zur Transparenz sehen die Online-Veröffentlichung von Informationen zur Höhe des Einkommens und der Vergütungen von Personen vor, die hochrangige Verwaltungsaufgaben wahrnehmen (zum Beispiel Personen in leitenden Verwaltungspositionen). Um diese Verpflichtungen im Einklang mit dem Grundsatz der Datenminimierung zu erfüllen, wird es im Allgemeinen ausreichen, den Gesamtbetrag der Geldsumme zu veröffentlichen, den die betreffenden Personen erhalten haben. Es wäre jedoch wahrscheinlich nicht verhältnismäßig, Daten wie die Steuernummer, vollständige Geschäftsberichte, detaillierte Auszüge aus der Steuererklärung oder die Gehaltsabrechnung der Personen, Bankdaten oder Heimatanschriften, persönliche Telefonnummern oder E-Mail-Adressen zu veröffentlichen.

BEISPIEL: Für die Online-Veröffentlichung persönliche Finanzinformationen (zum Beispiel Schulden, Kredite usw.) wird gemäß dem Grundsatz der Datenminimierung empfohlen, mit Rücksicht auf die Sensibilität derartiger Informationen und auf die Risiken, die aus einer solchen Online-Veröffentlichung entstehen können, nur erforderliche und/oder grundlegende Daten zu veröffentlichen. Die gegebenenfalls online zu veröffentlichenden Finanzdaten

sollten daher im Gesetz festgelegt werden, um einen möglichen Missbrauch oder eine exzessive Online-Veröffentlichung dieser Daten, die über den vernünftigen und/oder berechtigten Zweck hinausgeht, zu vermeiden, während gleichzeitig das öffentliche Interesse Genüge getan wird.

❖ Art der Daten

Eines der Ziele bei der Verarbeitung personenbezogener Daten als Teil von Maßnahmen zu Interessenkonflikten oder Transparenz im öffentlichen Sektor wird darin bestehen, die Rechtmäßigkeit von Änderungen in den Vermögensverhältnissen von Akteuren im öffentlichen Sektor zu prüfen. Ganz allgemein sollten alle erfassten und/oder veröffentlichten Daten zweckmäßig sein, zum Beispiel offenlegen, ob diese Personen illegal Vermögenswerte erworben, gegen Maßnahmen zu Interessenkonflikten verstoßen oder andere rechtswidrige oder unehrenhafte Taten begangen haben. Es ist unangemessen, Daten zu erfassen und zu verarbeiten, die nicht zur Beurteilung von Regelverstößen und/oder zum Erkennen von möglichem Fehlverhalten beitragen. Um jegliche unnötige, unrechtmäßige und unfaire Verarbeitung personenbezogener Daten zu vermeiden, wird empfohlen, gesetzliche und praktische Rahmenbedingungen zu schaffen, die darauf abzielen, einen gesetzmäßigen Umgang mit Interessenkonflikten und die dazugehörige Transparenz erreichen.

BEISPIEL: Während der Amtszeit im öffentlichen Dienst aufgebaute Geschäftsbeziehungen können auf unrechtmäßiges Verhalten hinweisen und könnten daher Gegenstand genauerer Analysen durch die zuständigen Einrichtungen sein. Informationen können daher verarbeitet werden, wenn sie für die Prüfung, ob ein Akteur des öffentlichen Sektors direkt oder indirekt (über einen Verwandten oder Partner) einen unangemessenen finanziellen oder anderweitigen Gewinn erzielt hat, relevant sind.

3.3 VERARBEITUNG BESONDERER KATEGORIEN PERSONENBEZOGENER DATEN (SENSIBLE DATEN)

Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 95/46/EG weist personenbezogene Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie Daten über Gesundheit oder Sexualleben als besondere Kategorien aus. Die Datenschutz-Grundverordnung erweitert die besonderen Kategorien personenbezogener Daten und schließt genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer Person und Daten über die sexuelle Ausrichtung mit ein. Sowohl die Richtlinie 95/46/EG als auch die Datenschutz-Grundverordnung enthalten ein allgemeines Verbot der Verarbeitung derartiger Daten und definieren mehrere Ausnahmefälle, in denen eine Verarbeitung zulässig ist.

Darüber hinaus bestimmt Artikel 8 Absatz 5 der Richtlinie 95/46/EG, dass die Verarbeitung von Daten, die Straftaten, strafrechtliche Verurteilungen oder Sicherungsmaßnahmen betreffen, nur unter behördlicher Aufsicht oder aufgrund von einzelstaatlichem Recht, das angemessene Garantien vorsieht, erfolgen darf, wobei ein Mitgliedstaat jedoch Ausnahmen aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften, die geeignete besondere Garantien vorsehen, festlegen kann. Eine ähnliche Bestimmung findet sich in der Datenschutz-Grundverordnung.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Bestimmungen sollte eine proaktive Offenlegung derartiger Daten die Ausnahme darstellen, unterstützt durch eine besondere Rechtsgrundlage und unter ständiger Beachtung des Gleichgewichts zwischen einem Schutz der Privatsphäre und dem gerechtfertigten öffentlichen Interesse.

BEISPIEL: Falls notwendig, kann es im Verlauf einer Kandidatur zulässig sein, Daten über gewählte Vertreter politischer Parteien zu veröffentlichen, die deren Verbindungen zu politischen oder gewerkschaftlichen Gruppen offenlegen.

3.4 FRISTEN FÜR DIE DATENSPEICHERUNG

Die Frist für die Speicherung personenbezogener Daten in einer Form, die eine Identifikation der Betroffenen ermöglicht, sollte nach den legitimen Zwecken bestimmt werden, zu denen die Daten gespeichert werden. Die Daten sollten nur in dem Zeitraum verarbeitet werden, der für die Erfüllung dieser legitimen Zwecke erforderlich ist. Die interne Verarbeitung in zuständigen Einrichtungen sollte gesondert vom Zweck der Veröffentlichung personenbezogener Daten betrachtet werden. Es ist wünschenswert, dass die Fristen für die Speicherung klar benannt werden und auch Vorgaben für die Online-Verfügbarkeit enthalten.

Es können mehrere Phasen definiert werden: ein Zeitraum für die zweckgebundene Verarbeitung der Daten, ein Zeitraum für die Veröffentlichung der Daten und ein Zeitraum für die Archivierung. Für verschiedene Daten oder Datensätze können unterschiedliche Zeiträume gelten.

3.5 RICHTIGKEIT DER DATEN

Personenbezogene Daten sollten sachlich richtig sein und, wenn nötig, auf dem neuesten Stand gehalten werden. Nach Artikel 6 der Richtlinie 95/46/EG sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit die Daten im Hinblick auf die Zwecke, für die sie erhoben oder weiterverarbeitet werden, stets richtig und aktuell sind. Außerdem haben Akteure des öffentlichen Sektors nach der Datenschutz-Grundverordnung das Recht, von den zuständigen Einrichtungen eine unverzügliche Korrektur von falschen oder veralteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Artikel 16 der Datenschutz-Grundverordnung besagt, dass Betroffene je nach dem Zweck der Datenverarbeitung das Recht haben, die Vervollständigung von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen, auch durch die Bereitstellung einer ergänzenden Mitteilung.

Wenn das Gesetz die Online-Veröffentlichung bestimmter Daten verlangt, ist es im Hinblick auf die Richtigkeit der Daten empfehlenswert, dass die zuständigen Einrichtungen klare/unzweideutige Formulare/Erklärungen erstellen, die ausschließlich relevante Daten enthalten.

Es wird auch empfohlen, dass die zuständigen Einrichtungen angemessene Verfahren einführen, um gesammelte personenbezogene Daten korrekt und auf dem neuesten Stand zu speichern, so wie es in Artikel 6 der Richtlinie 95/46/EG und im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehen ist. Es hat sich bewährt, für jeden Datensatz das Datum der Veröffentlichung oder der letzten Aktualisierung anzugeben.

3.6 ZWECKBESCHRÄNKUNG

Die gesammelten Daten können nur im Rahmen der angegebenen Zwecke und für andere zulässige Zwecke verarbeitet werden. Nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 95/46/EG müssen personenbezogene Daten für festgelegte eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben und dürfen nicht in einer mit diesen Zweckbestimmungen nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden.

Auch eine ähnliche Bestimmung der Datenschutz-Grundverordnung sieht vor, dass personenbezogene Daten für festgelegte eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben und nicht in einer mit diesen Zweckbestimmungen nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden; die Weiterverarbeitung personenbezogener Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke wird nicht als unvereinbar mit den ursprünglichen Zwecken angesehen.

Es ist anzumerken, dass in manchen EU-Mitgliedstaaten bestimmte für die Verarbeitung verantwortliche Stellen spezifische Informationen hinzufügen, um Grenzen der Wiederverwendung von veröffentlichten Daten zu erläutern. Tatsächlich hat die Artikel-29-Datenschutzgruppe in ihrer Stellungnahme 06/2013 zu den offenen Daten und der Weiterverwendung von Informationen im öffentlichen Sektor hervorgehoben, dass potenzielle Nutzer als Datenverantwortliche das Datenschutzrecht befolgen müssen, wenn sie personenbezogene Daten behandeln, es sei denn, ihre Verarbeitung fällt unter die Ausnahme für ausschließlich persönliche oder familiäre Tätigkeiten nach Artikel 3 der Richtlinie 95/46/EG.

Die Frage, ob personenbezogene Daten weltweit über externe Suchmaschinen einsehbar sein sollten, sollte mit Blick auf den Zweck der weitreichenden Zugänglichmachung entschieden werden. Eine derartige Verbreitung ist wahrscheinlich gerechtfertigt, wenn es im globalen öffentlichen Interesse liegt, derartige Daten zugänglich zu machen, unter besonderer Berücksichtigung der Personengruppe, der die Betroffenen angehören. Dies unter der Voraussetzung, dass alle möglichen Folgen für die Rechte und Freiheiten der Betroffenen berücksichtigt wurden. Wenn jedoch kein globales öffentliches Interesse vorliegt oder eine derart weitreichende Verbreitung unangemessen erscheint, wäre es vorzuziehen, die Daten über interne Suchmaschinen²⁰ oder mit Hilfe selektiver Zugriffsmechanismen (zum Beispiel Login oder Captcha) zur Verfügung zu stellen.

²⁰ Für diesen Zweck können spezielle Regeln in jede Textdatei kodiert werden (zum Beispiel via noindex/noarchive Metatags und die robots.txt-Datei, die in Übereinstimmung mit dem Robots Exclusion Protokoll zu konfigurieren ist). Die Verwendung jeglicher Tools für die Abfragung von Informationen und Dokumenten, die auf der offiziellen Webseite einer öffentlichen Einrichtung zur Verbreitung vorgesehen sind, bleibt hiervon unberührt.

Es wird empfohlen, die Wiederverwendung explizit als erlaubt oder verboten zu deklarieren und mögliche Bedingungen für die Wiederverwendung anzugeben²¹.

4. SICHERHEITSMASSNAHMEN

Die zuständigen Einrichtungen in ihrer Rolle als für die Verarbeitung Verantwortliche sind dazu angehalten, angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen, um personenbezogene Daten zu schützen und zufälligen Verlust oder Zerstörung, Änderung, unberechtigte Weitergabe oder unberechtigten Zugang und jede andere Form der unrechtmäßigen Verarbeitung zu verhindern. Schutzmaßnahmen müssen zu der Art der Datenverarbeitung passen, die die zuständigen Einrichtungen durchführen.

Zu diesem Zweck sollten geeignete Vorkehrungen getroffen werden, um das Risiko zu verringern, dass online verfügbare Informationen und Dokumente gelöscht, geändert, verfälscht und/oder aus dem Kontext gerissen werden können – zum Beispiel können zuverlässige Quellen zum Herunterladen der Dokumente angegeben werden, elektronische Signaturen können die Absicherung der Authentizität und Integrität der Dokumente sicherstellen, und in Dateien, die auf offiziellen Webseiten veröffentlicht werden, können Kontextinformationen (wie Versionskennzeichnung, Außerkrafttreten, verantwortliche Verwaltungsstelle) eingefügt werden.

5. DIE RECHTE BETROFFENER PERSONEN

Um eine Verarbeitung nach Treu und Glauben zu gewährleisten, empfiehlt die Datenschutzgruppe, dass die zuständigen Einrichtungen alle Nutzer bei einer Wiederverwendung von Daten darüber informieren, wie sie ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der Betroffenen erfüllen können.

Vor der Erfassung personenbezogener Daten sollen die zuständigen Einrichtungen die Akteure im öffentlichen Sektor, deren Daten erfasst werden, nach den Artikeln 10 und 11 der Richtlinie 95/46/EG darüber in Kenntnis setzen. Wenn sich das Recht auf Information aus einschlägigen Gesetzen ableitet, die bestimmen, welche personenbezogenen Daten veröffentlicht werden sollten, können diese ohne vorherige Zustimmung der Betroffenen veröffentlicht werden.

Zusätzlich sollen betroffene Personen die folgenden Informationen von den zuständigen Einrichtungen erhalten können, sofern keine Ausnahme nach der Richtlinie 95/46/EG vorliegt:

- eine Bestätigung darüber, ob personenbezogene Daten des/der Betroffenen verarbeitet werden, und mindestens Informationen zum Zweck der Datenverarbeitung, zu den Kategorien der betreffenden Daten und zu den Empfängern oder Empfängergruppen, denen die Daten offengelegt werden,

²¹ Siehe Stellungnahme WP207 der Artikel-29-Datenschutzgruppe

- eine Mitteilung in verständlicher Form über die verarbeiteten Daten und jegliche verfügbare Information über den Ursprung der Daten,
- Kenntnisse über die Logik automatisierter Verarbeitungsprozesse, die seine/ihre Daten betreffen, zumindest bei automatisierten Entscheidungsprozessen.

Nach Artikel 14 der Richtlinie 95/46/EG haben Betroffene in manchen Fällen²² das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen. Es wird empfohlen, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche bei einer Wiederverwendung von Daten alle Nutzer über einen Widerspruch informiert²³.

Das Recht auf Widerspruch kann je nach Verarbeitungszweck durch ein Gesetz aufgehoben oder eingeschränkt werden. Das Gesetz kann Betroffenen zum Beispiel zugestehen, eine Online-Veröffentlichung von einigen oder allen der sie betreffenden Daten aus zwingenden, rechtmäßigen Gründen aufgrund ihrer besonderen Situation zu verweigern, jedoch nicht die internen Verarbeitungsprozesse (die von der Verbreitung der sie betreffenden Daten zu unterscheiden ist).

Alle Betroffenen sollen auch in der Lage sein, von den zuständigen Einrichtungen die Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten zu erwirken, deren Verarbeitung nicht den Vorschriften der Richtlinie 95/46/EG entspricht. Des Weiteren sollen Dritte, denen die Daten offengelegt wurden, über eine derartige Berichtigung, Löschung oder Sperrung benachrichtigt werden, sofern dies nicht unmöglich ist oder einen unangemessenen Aufwand erfordert.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung haben Betroffene das Recht auf Berichtigung, Löschung und Beschränkung sowie das Recht, eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen.

²² In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die betroffene Person nach Artikel 14 der Richtlinie mindestens bei Vorliegen des in Artikel 7 Buchstabe e genannten Grundes das Recht hat, Widerspruch einzulegen. Dies bedeutet, dass Betroffene, wenn eine Verarbeitung nach einer vernünftigen und objektiven Prüfung der verschiedenen berührten Rechte und Interessen zulässig ist, zusätzlich noch die Möglichkeit haben, aus sich aus ihrer besonderen Situation ergebenden Gründen Widerspruch einzulegen. Siehe die oben genannte Stellungnahme 06/2014 der Artikel-29-Datenschutzgruppe, Abschnitt III, Rn. 3.6.

²³ In Frankreich ist dies eine in Artikel 97 der Verordnung zum nationalen Datenschutzgesetz angegebene Verpflichtung.